

U
ei
te.
her
1922
rt, und als man
ndel noch nicht
lger Weise diese
f der Berliner
tionskommission
n, an Ort und
stfälligen Ber
Bld von der
gierung zu ma
ahmen berges
r Verhandlung
n sich abspiel
sagen, daß mit
ammengefragt
stiges Spielge
erereit seit 1918
schweren flucht
nicht die Geg
emokratien hab
gewesen, herbe
und Gieß zu
ur die Berliner
tionskommission
nen Segnungen
st seit 1918 ge
staltung von der
trake und Wina
d wir im heuti
tlich nur ein
n Rahmen für
als die stetige
lung der Dinge
Bestreben der
ines objektives
n Verhältnisse
ste fluchtigen
n diesen Ta
ommunistischen
es neuen deut
örderung des
über" rankter
Bewegung des
stische rufe war
wegen der Zu
ndigen 9. B.

1922

man großzügig Gien gewährt, und als man am 7. November mit dem Handel noch nicht fertig war, in ebenso großzügiger Weise diese Gien verhängt.

Der selbstverständliche Zweck der Berliner Verhandlungen der Reparationskommission konnte es natürlich nur sein, an Ort und Stelle sich ein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland, ein Bild von der deutschen Verwaltung und Regierung zu machen. Wenn wir uns so den Dächern vergegenwärtigen, in dem die Berliner Verhandlungen der Reparationskommission sich abspielten, so müssen wir allerdings sagen, daß mit Fleiß und Umsicht alles zusammengetragen worden ist, um ein recht drapiertes Spiegelbild von der deutschen Regierung seit 1918 zu veranschaulichen. In der früheren fluch-

Die Lieferung von Kartoffeln.

deutschen Verwaltung und Regierung zu machen. Wenn wir uns so den Rahmen vergegenwärtigen, in dem die Berliner Verhandlungen der Reparationskommission sich abspielten, so müssen wir allerdings sagen, daß mit Fleiß und Umsicht alles zusammengetragen worden ist, um ein recht drapiertes Spiegelbild von der deutschen Regierung seit 1918 zu veranschaulichen. In der früheren fluchwürdigen Zeit, als wir noch nicht die Segnungen der freien aller Demokratien hatten, wäre man vielleicht geneigt gewesen, herbes Kritik an diesem mit Umsicht und Fleiß zusammengetragenen Rahmen für die Berliner Verhandlungen der Reparationskommission zu üben. Da es aber zu den Segnungen der freien Deutschen Republik seit 1918 gehört, daß eine abweichende Meinung von der jeweiligen Regierung unter Strafe und Ahndung gestellt werden kann, sind wir in heutigen freien Deutschland natürlich nur in der Lage, den hier geschilderten Rahmen für die Berliner Verhandlungen als die fleißige Frucht einer objektiven Darstellung der Dinge anzusprechen.

Als ein Ausfluß in dem Bestreben der Reparationskommission, ein reines objektives Bild der bestehenden deutschen Verhältnisse zu geben, sind sicherlich auch die tiefstimmigen Betrachtungen zu bewerten, die in diesen Tagen in der sozialistischen und kommunistischen Presse sich um die Verdüsterung des neuen deutschen Geleitetages, um die Verdorrenheit des „Begehrstages vom 9. November“ rankten. Das Verdüsteren eines positiven Begehrstages

Am Sonntag des letzten Tages des 9. November durch Arbeitsruhe war so ganz angebracht in diesen Tagen der Berliner Verhandlungen. Ja doch dieser 9. November ein deutscher Befreiungstag ersten Ranges. Hat er uns doch befreit von Wälsch-Bohringen, dem Saarbesatz und dem linken Rheinufer, von den Provinzen Posen und Westpreußen, von Oberösterreich, Nordböhmen

und Letzen Dittreuzens, von dem Kieler Kanal und der selbständigen Benützung unserer Ströme Weien, Elbe und Oder, von allen unsern Kolonien, als den eigentlichen Bezugs- ländern der Rohstoffe für unsere Industrie, von unserem Heere und unserer Seeschlotten und damit von der Wohlthat, dem Aus-

lands gegenüber irgend einem nationalen Willen geltend zu machen. Nach eifrigem Presselampis und zahlreichem recht erspöckendem Verhandlungen haben zwar unter den jüdischen Umständen noch Universalität. Son

Bochum. Druck und Verlag: Wils. Stämpf
Kommandit-Gesellschaft, Bochum.

Konstantin-Gesellschaft, Kognak.

Druck und Verlag: W. H. Stämpel
Kommandit-Gesellschaft, Bogen.

Bogum. Deutsches Reich: kgl. Preuss. Kommandit-Gesellschaft, Bogum.

Konstantin-Gesellschaft, Kognak.

plandemokratischen und demokratischen von einer dieser Parteien gewonnen, sie haben aber wenigstens durch ihre Erörterung dieser Angelegenheit in den Tagen der Berliner Verhandlungen auch von ihrer Seite aus Gehör gefunden, der Reparationskommission ein Bild zu geben von den „drückenden Sorgen“, die das deutsche Volk in diesen Tagen befeilt.

Wenn diese Beilen in die Hand unserer Leser gekommen sein werden, sind wahrscheinlich die Berliner Verhandlungen der Reparationskommission schon zu Ende. Pressenachrichten zufolge — bei der „vorläufigen“ Schweigeklausel der deutschen Regierung in solchen Fragen, natürlich Pariser Pressestimmen — soll eine Fortsetzung, vielleiht auch Auswertung dieser Verhandlungen, schon in den nächsten Wochen in Paris oder Brüssel stattfinden. Den schlagendsten Eindruck, den die persönliche Snaugenheftnahme der deutschen Verhältnisse, der deutschen Ordnung und der deutschen Verwaltung im freien Deutschland seit 1918 auf die Reparationskommission gemacht hat, bildet einestells der Dolarsatz zwischen 9 und 10 000 Mark in diesen Tagen, andererseits die Forderung von 100 Milliarden in der Pariser Kammer, das freie Deutschland schuldlos zu zwingen, seinen Bankrott anzunehmen.

Nach Beendigung der Berliner Verhandlungen der Reparationskommission wird dann im streng demokratischen und rein parlamentarisch orientierten neuen Deutschland dem Deutschen Reichstag auch wieder Gelegenheit gegeben werden, seine parlamentarischen Verhandlungen fortzusetzen. Die latente Reglerungsfrage um den Fortbestand, den Ausbau oder das Verschwinden des Kabinetts Dr. Josef Wirth wird dann wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen mit höchstem Ruck gesetzt werden. „Das in sich geschlossene und gefestigte Völkertum“, die „beständige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, wird in hohem Maße mit den Kommunisten dann wieder Gelegenheit haben, gegen alle Angriffe die Erregungsfähigkeit des 1. November, den Währungsbezug, mit Aufhebung großer Lungenkraft zu vertreten und zu verteidigen, mit so großer Ängstlichkeit, daß man sie in Paris und Brüssel deutlich bemerken kann — damit so nicht, etwa noch nachträglich, die recht „eindrucksvolle“ Wirkung der Berliner Verhandlungen der Reparationskommission verloren geht.

Die Kohlenfrage vor der Reparations-Kommission.

Wie außerordentlich ernst die Dinge liegen, das haben die Besprechungen gezeigt, die zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission über die Frage der deutschen Kohlenlieferungen gepflogen worden sind. Von den berufenen deutschen Stellen ist den Herren der Kommission dabei ein Bild der Konsequenzen gezeichnet worden, die der Zwang zu übermäßiger Vierung deutscher Kohlen an das Ausland herbeiführt. Der Reichskohlenkommission hat dargelegt, wie die Notwendigkeit der Einfuhr von Hunderttausenden von Tonnen englischer Kohle für die Reichsbahn das Defizit immer größer macht und wie der schlechte Stand der deutschen Währung diese Einfuhr schließlich völlig unrentabel macht. Nicht minder wichtig ist, daß ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums auf die möglichen Folgen hingewiesen, die die Einschränkung der Kohlenlieferungen für den Hausstand und die ungeheure Steigerung des Kohlenpreises für viele Schichten des deutschen Volkes haben wird. Er hat dargelegt, wie die Unmöglichkeit, sich schließlich mit Hausbrand zu versehen, in steigendem Maße Opfer an Menschleben und an Gesundheit fordert. Die Reparationskommission

hat uns nebstentfaltung von Wiederherstellen dieser Darlegungen gegeben, woraus man schließen kann, daß sie sich dem Eindruck dieser Bilder nicht zu entziehen vermöge. Hoffentlich werden auch die wirtschaftlichen und finanziellen Darlegungen der Reichsregierung so klar und so wirksam sein, daß die Kommission auch an ihnen nicht vorbeigehen kann.

Spießbürgerei in Wattenfeld.

Wenn einer sagt, daß die Herren Sozialisten in Wattenfeld Stadtparlament sein ne geküßten Leute seien, der ist im Irrtum. Angefangen beim Herrn Stadtvorordneten Kaufmannberg bei den SPD. und aufgeführt hier unten bei Frau Bergmann oder Herrn Körner von den Kommunisten: Gott, sind das Mittelstufente. Mit einer Gänge und Grazie hüpfen diese Leute über Gesetze hinweg, daß den unbesonnenen Führer in der Stadtparlamentierung in Wattenfeld ein heiliges Erschauern durchzieht ob solcher thätiger Menschen. Schade, daß die Welt außerhalb Wattenfelds keine Kenntnis von solchen „Erschauern“ hat. Ich glaube, die Verhandlungen mit Barlow, Broadburt und den anderen Kumpels in der Meise erledigten sich nach dem Mäker a la Erbsberger in zwei Stunden am grünen Tisch in irgend einer Parteibude bei einem höchstens zwei werten Klorosen.

Es war in der letzten Stadtparlamentierung Auf erhöhtem Stuhl als Reich der Würde, thronend der Sozialdemokrat Dr. Neudorff als Bürgermeister und er gibt sich so recht trumpschäftig Mühe, möglichst reibungslos das Redefesthalten laufen und versetzen zu lassen. Es wird peinlich vermieden, den Vorstehenden als „Gemeinen“ zu reklamieren. Aber nicht immer ist das möglich. So auch jetzt, Herr Körner hat aus der Rolle, als es sich um die Umbenennung der Straßen handelt. Wie wir schon berichteten, hatte die Vinsmeierheit des Kollegiums den Beschluß gefasst, den Kaiserplatz in Wehrplatz und die Kaiserstraße in Freiheitstraße umzuändern. Nun hat in Kreisbüchsen der Postkammerident mitzubrechen. Herr Stiller in Gienkirchen fürchte nun wohl, daß die Ausführung des Beschlusses hohes Blut in der Bürgererschaft mache und so gab er die Sache an das Plenum zurück mit dem Einheimischen einer erneuten Prüfung, ob nicht doch ein einheitlicher Beschluß heraus kommen könne. Nun ging's los. Es waren bittende Worte, die der D. R.-P.-Stadtparlamentariese Wiese den Vinsmeier sagte und was der Zentrumsmann Siefert den Herrschaften ins Gemühe schloß, werden die Genossen nicht jedem erzählen Kaufmannberg wie er sich äußert und wie er spricht, hat er Herrn Sebering abgelehnt, in unanheimlicher Würde, lobt die neue Zeit in so buntebollen erhabenen Worten. Jetzt hat aber Körner das Wort: „Weil wir eine sozialistische Mehrheit haben, weil wir früher es beschlossen haben und weil wir einen Sozialdemokraten als Bürgermeister haben, darum wollen wir andere Straßennamen.“ Alles war balf aber noch gerüttelt Maß von Weisheit.

Nach es da Wunder, daß die Umbenennung mit 12 zu 9 Stimmen beschlossen wurde? Doch, auf Erden und in Wattenfeld ist kein Glück völlig rein. Vor einigen Wochen hatte die gleiche Mehrheit eine Verwaltungsordnung für die höheren Beamtenschaft beschlossen, und frisch-fröhlich „beschlossen“, daß Gehilich nicht geborene Mitglieder der Kuratorien seien. Kaufmannberg hat's gesagt, also stimmt's! Es stimmte aber auch diesmal nicht ganz. Denn der Minister schrieb zurück, daß die neue Ordnung nicht genehmigt würde, da „die veralteten Geistlichen der beiden kirchlichen Beamtenschaft und der beiden kirchlichen Beamtenschaft vom Kuratorium angehört“. Etwas schlauer wurde die Mittelung gemacht, mit dem bekannten gefestigten Kopf angehört. Dann aber ging's los: Einer von links wollte ein Schiedsgericht, das entscheiden sollte (man wollte sogar einen besonderen Staatsgerichtshof geben haben, der seinen Sitz irgendwo im Amt Wattenfeld, im Dampfschiff von Ranges und Wagner, haben sollte), aber schließlich war doch nur selbst in Wattenfeld nichts gegen den Minister zu machen. Denn zum großen Bedauern hinzu, daß der Minister tatsächlich Recht hat.

Das alles geniert die Draben Schläger in Wattenfeld nicht, sie werden den „Saun schon pfeifen“.

Ein Weg aus der Wohnungsnot.

Nachdem fast alle Versuche, den Wohnungsbau zu fördern, fehlschlagen und auf den toten Punkt angekommen sind, möchte ich meinen in April 1921 dem Abteilungs-Vorstand (Vorstand) Herr Stadtbaurat Diefenbach (Hochschule) übergeben den Vorschlag der Selbsttätigkeit unterbreiten. Dieser war die damalige Zeit der Idee noch wenig hold und erst die eingetretene Umstände haben dazu geführt, sie wieder von neuem zu propagieren. Ich gehe von folgenden Erwägungen aus: Die öffentlichen Gebäude werden unter dem Druck der Verhältnisse bald verfallen. Reich, Staat und Gemeinden stehen vor dem Zusammenbruch ihrer Finanzen und sind kaum in der Lage, ihre Aufgaben noch zu erfüllen. Der Staat, sowie die Kommunen werden, was sehr zu bedauern ist, in nicht so langer Zeit kaum noch imstande sein, ihre Pflichten zu erfüllen und ihre Bildungsaufgaben aufrechtzuerhalten. Auf dieser Seite also größter Geldmangel.

Und wo Geldüberfluß?

Bei den meisten Jugendlichen. Jeder Kenner der Verhältnisse wird dieses feststellen und jeder vernünftige Deutsche wird mit Bedauern feststellen, daß der größte Teil der Jugendlichen sich eine Lebenshaltung angewöhnt hat, die einem verarmten Volke weder ziemt, noch natürlich ist. Es kann nicht recht sein, daß in vielen Berufen — durch Tarifvertrag erzwingen — der 18jährige Junge nur 10 Prozent und der 18jährige Junge nur 5 Prozent weniger verdienen darf, als der fündereiche Familienvater. Dieser Zustand fördert jeder Vernunft, und es ist unglücklich, daß die älteren vernünftigen Arbeiter nicht die u. a. vom Baugewerbe längt angebotenen sozialen Böhne angenommen haben. Man gehe in die Familien und frage die Eltern, wie dieser Zustand auf die Seelen und das Gemüt ihrer Jungen wirkt, und man wird erschreckende Bilder sehen. Wenn diesem Treiben nicht Einhalt geboten wird, dann wird unser Volk darunter schwer leiden müssen.

Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Dadurch, daß wir die Jugendlichen zwingen, zu sparen. Man wird mir vorhalten, sparen wird in der heutigen Zeit bestraft:

1. durch die Steuererhebung und
2. durch die fortschreitende Geldentwertung.

Beider läßt sich das nicht leugnen. In einer Form aber können wir noch sparen, bei welcher weder eine Strafe noch eine Entwertung eintritt, nämlich wenn wir den jungen Leuten einen bestimmten Teil ihres Einkommens einziehen und ihn zum Wohnungsbau verwenden. Die davon gebauten Häuser kann man weder verschleßen noch durch Inflation entwerten.

Wer ist am meisten interessiert, daß genügend gebaut wird?

Die Jugendlichen, denn sie werden eines Tages eine Familie gründen und eine Wohnung brauchen. Ich schlage deshalb vor, daß man analog der Wehrpflicht eine Wohnungspflicht der deutschen Jugend durch Gesetz einführt. Dieselbe könnte sich erstrecken vom 16.-22. Jahre auf die männliche und vom 16.-20. Jahre auf die weibliche Jugend. Die weiteren Jahre bis zur Verheiratung sollten zur Beschaffung der Aussteuer freibleiben. Von diesen Jugendlichen soll jeder einen bestimmten Prozentsatz, sagen wir 15 Prozent des Einkommens, als Wohnungsbauabgabe abführen. Dabei sind selbstverständlich Abänderungen für die Empfänger der Eltern usw. vorzusehen und eine bestimmte Einkommenshöhe festzusetzen. Aus dieser Quelle würden dem Wohnungsbau Mittel zufließen, das jährlich ca. 50 000 Wohnungen gebaut werden können. Man würde auch vor Ueberfahrungen durch die Geldentwertung, wie sie in diesem Jahre leider den Bauauftraggebern beschert waren, geschützt, da die Einkommen und damit die Abgabe der Jugendlichen mit der Geldentwertung steigen. Wenn man die Verhältnisse der Bodenreformer und all' der lieben Leute, die

auf Staatskosten möglich jeder Familie ein Familienhaus schaffen wollen, ist, dann muß man sich über die Weltfremdbild dieser Menschen wundern. Schon wäre es, aber es ist nicht genug. Auf die von mir vorgeschlagene Weise ist es vielleicht im Laufe der Zeit möglich. Wenn jemand den Vorschlag als eine Härte gegen die Jugend ansehen möchte, so halte ich dem entgegen, daß wir früher drei Jahre Soldat sein und noch vier Jahre Krieg führen mußten. Man bedenke wohl, wie viel größer das Opfer derjenigen war, die, sagen wir mal, zwei Jahre aktiv dienen mußten im Verhältnis zu dem von mir von der heutigen Jugend gefordert. Sie wählten zwei Jahre in der Kaserne, verdienten nichts und die Eltern mußten ihnen noch recht viel schicken. Bei Einführung meines Vorschlags blieben die Jünglinge schon bei Müttern zu Hause und verdienten noch viel Geld. Es entgeht ihnen allerdings ein, welches wir alten Soldaten sehr bedauern, die militärische Erziehung, die m. E. durch nichts so leicht ersetzt werden kann. Wer es mit unserem Volke gut meint und wünscht, daß unsere Jugend später Wohnungen hat, der nimmt ihr das zu viele Geld, ich sage ausdrücklich, das zu viele, und sorgt, daß sie Wohnungen hat, wenn sie solche braucht. Kein vernünftiger Mann kann gegen diese Idee sein; laufen; die es tun, zeigen damit, daß sie nicht Führer, sondern Geführte der Jugendlichen sind.

Heinz Werner, Witten, Hattungen.

Ruhrperlen.

Zum 9. November schreibt das Bochumer „Volkblatt“: „Wir wollen diesen Tag in würdiger, ernster Weise begehen, denn er brachte uns die Wagnisse einer neuen aufsteigenden Zeit.“ Ja, ja, es kommt nur sehr darauf an, was man unter Wagnisse versteht. Wir und auch einsichtige Sozialdemokraten sehen nur die Abendröte einer untergehenden Zeit.

Der „Volkbote“ in Dortmund bringt die folgenden Ausführungen, die wir unseren Lesern zur Verfügung über den Dortmunder Generalanzeiger nicht vorenthalten möchten:

Eine neugierige Frage an den Standal-Anzeiger.

Der Standal-Anzeiger muß was haben, an dem er seine Mut über den Monumentenschwund auslassen kann. Das Kaiserbuch ist schließlich auch mal in allen Teilen mit der Zeit zu Ende abgeflutet. Über Stinnes, der bleibt gottlos leben. Er steht immer wieder Deutschland und die ährige Welt in Erscheinung durch seine wirtschaftlichen Taten. Und da der Standal-Anzeiger nun mal zu denen gehört, die das kleine groß und das Große klein zu machen suchen, die das Strahlende zu schädigen lieben, so müßten selbstverständlich die 6 Prozent, die sich Stinnes aus dem Auerbach-Wohnen als reeller Geschäftsmann, der den Grundbesitz hat, kein Geschäft ohne Augen aufzuschließen, sicherte, immer wieder erhalten.

Natürlich weiß der Standal-Anzeiger ganz genau, daß diese 6 Prozent nicht in die Privattasche des Herrn Stinnes fließen werden, daß sie auf Wunsch des Herrn Stinnes und Auerbach der deutschen bzw. der französischen Allgemeinheit zugute kommen werden. Herr Stinnes ist nur so vorsichtig, sie nicht in irgend ein deutsches Danaidenfach werfen zu lassen. Er hat sich das Recht reserviert, selbst zu bestimmen, welcher Organisation diese gewiß großen Summen zugute kommen werden. Der Standal-Anzeiger kennt das englische Wort: „Business is business“. Geschäft ist Geschäft! Er sollte es anerkennen, daß Stinnes nicht mit großer Gehe sein Abkommen als Wirtschaftskritik nach außen hin vor der Welt ausbreitet, sondern daß es den Wiederaufbau Frankreichs mit Recht als ein geschäftliches Unternehmen betrachtet in dem Jugendbild, wo die heftigsten Regierungen, die vorher vergeblich zu einem derartigen Abkommen zu gelangen suchten, von der deutschen und französischen Wirtschaft aus nachfolgenden Gründen ausgeklügelt wurden. Der Standal-Anzeiger hat einen so außerordentlichen geschäftstüchtigen Verleger in Karl Richter, der sicher mehr Verständnis für Stinnes besitzt als seine Herren Redakteure. Wenn Richter weiß, daß er niemals ohne „Perzente“ zu seinem Gut Richterhof in der Nähe der englischen Belakunsklinie aktom-

men wäre, und zwar zu einer Zeit, in der das Völkertum nach Mitteln des Standal-Anzeigers immer mehr „verendet“, wenn er das Geschäft nicht ausgezeichnet verstände. Vor allem aber eins, lieber Standal-Anzeiger, warum in aller Welt schäfst du dich, der du doch so international veranlagt bist, bloß immer auf den deutschen Mann Stinnes? Auerbach hat sich doch auch die umständlichen 6 Prozent aus dem Abkommen mit unserem wirtschaftlichen Bismarck gesichert. Hast du schon mal gelesen, daß sich die Franzosen darüber aufregen? Die schimpfen mit der gemeinam natürlich auf Stinnes, der ihnen

Werbt Mitglieder für unsere Partei und meldet sie den aufgegebenen Geschäftsstellen an!

nun in genialer Form das schönste Propagandamittel gegen die Deutschen, das durch partei Kriegsnötigkeitsverhältnisse zur Verfügung steht, aus der Hand rindet. Ges doch mal die Leistungen der vorfranzösischen Deputierten, beider Standal-Anzeiger! Dort richtet man die Hoffnungen auf den deutschen Stinnes, der aus einem Laube kommt, das mitten des Krieges die Kraft hatte, sein durch die Küssen zerstörtes Auerbach wieder aufzubauen. Jahre hindurch aber ließ die grunde nation die Trümmer in Auerbach liegen, weil diesem Laube der Auerbach und der großen Seiten seine innere Kraft und die Organisationsstärke fehlte, die wir in so reichem Maße in unserem Volke besitzen.

Aus unseren Bezirken.

Gesamtvorstand: Geheimrat Dr. Wehrmann Bochum.
Hauptgeschäftsstelle: Bochum, Bongardstraße 15 III.
Fernsprecher 269.

Die Arbeitsgemeinschaft für „koloniale Einheit und Zukunft“, Ortsgruppe Bochum, eröffnet Anfang November d. J. in den Marienfelden des Gutsbühl-Wohnhofes an der Meierstraße eine wissenschaftliche Ausstellung, in welcher landwirtschaftliche Produkte aus unseren früheren Kolonien, sowie Tropenfrüchten, Wirtschaftsgegenstände und Erzeugnisse aller Art von den eingeborenen Völkern gesammelt werden. Das Interesse für den kolonialen Gedanken im Volke zu fördern und den Wert unserer ehemaligen Kolonien für unser ganzes Wirtschaftsleben überzeugend zu veranschaulichen, ist der Zweck dieser Ausstellung. Pflicht eines jeden Deutschen ist, in allen Bevölkerungsklassen dahin zu wirken, daß unsere ehemaligen Kolonien für unser Vaterland nicht enogültig verloren sind. Wir bitten daher die Mitglieder unserer Partei um den Besuch dieser Ausstellung.

Kreisverein Bochum.
Vorstand: Rektor Surmann, Bochum, Reichshof 14.
Geschäftsstelle: Bochum, Bongardstraße 15 III, Fernspr. 269.

1. Stadtdistrikt. In überaus großer Zahl hatten sich die Mitglieder des Bezirksvereins vom 1. Stadtdistrikt nebst ihren Familien am Sonntag, den 5. November im Lokale Knepper eingefunden, woselbst sie von 1. Vorsitzenden, Herrn Obermeister Zinsmann, in eindrucksvoller Rede begrüßt wurden. Derselbe warf hierbei einen Blick auf die gegenwärtigen Verhältnisse, die jedem Mitgliede die ernste Mahnung zuruft, treu für die gute Sache der Deutschen Volkspartei und damit für das Wohl des deutschen Vaterlandes zu wirken. Darauf berichtete Herr Zinsmann eingehend über den Parteitag in Siegen, wobei er besonders auf die Rede des Parteiführers Dr. Stresemann Bezug nahm. Bei der dann folgenden Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Wahlung einer Ver-

treu für die gute Sache der Deutschen Volkspartei und damit für das Wohl des deutschen Vaterlandes zu wirken. Darauf berichtete Herr Zinsmann eingehend über den Parteitag in Siegen, wobei er besonders auf die Rede des Parteiführers Dr. Stresemann Bezug nahm. Bei der dann folgenden Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Wahlung einer Ver-

Kreisverein Gelsenkirchen.

Vorstand: Rektor Weber, Gelsenkirchen, Schulstraße 9, Fernspr. 2316.
Geschäftsstelle: H. Nehn, Gelsenkirchen, Hochstraße 78, Fernspr. 1976.

Altstadt. Partei und Jugend hatten eine gemeinsame Versammlung am Freitag, den 18. Nov., 8 Uhr abends, im Luther-saal. Ein auswärtiger Redner wird ein politisches Meistat halten.

Frauenausflug.

Am letzten Donnerstag wurde bei Koch in Wattenfeld der erste größere Schritt zur Gründung einer lokalen Frauengruppe getan. Frau Karmeyer berichtete über die Frauengruppe in Siegen. Eintragung wurde von der hiesigen Frauengruppe in der Gründung des Orts-Frauenausfluges beschlossen.

Kreisverein Witten.

Vorstand: Eisenbahn-Ingenieur G. Neuhäus, Witten, Wilhelmstraße 40.
Geschäftsstelle: H. Weber, Witten, Lutherstraße 7, Fernspr. 1086.

Somborn. Am 31. Oktober hielt Herr Dr. Speckmann vor den Mitgliedern der Ortsgruppe Somborn einen Vortrag über Karthagos untergang. Die vorzüglichsten Ausführungen des Vortragenden wurden mit großem Interesse von unseren Parteifreunden dankbar aufgenommen. Augenbreer. Der Vorstand des Ortsvereins Vangerbeer tagte am 8. November zusammen mit den Mitgliedern der Jugendgruppe, um den Vortrag von Eggeling v. Sanders vorzubereiten. Der Vortrag wird am 30. November, abends 8 Uhr, im evang. Gemeindehaus zu Vangerbeer, Kalkstr., stattfinden. Nach einer Vereinbarung mit Vertretern der Ortsgruppe Werne wird der Vortrag von Riman v. Sanders gemeinsam von Vangerbeer und Werna veranstaltet. — Witten. Wir weisen nochmals auf den Gasten- und Unterhaltungsabend des Ortsvereins Witten hin, der am 11. November, abends 7 Uhr, im ev. Gemeindehaus Witten stattfindet. Die Festrede hat Herr Pfarrer Kuhn-Ohligs übernommen. Das Programm verspricht einen echt deutschen Abend. Außer Musikstücken, Deklamationen usw. wird die Volkssoper „Der Teufelsgraben“ aufgeführt. Sämtliche Ausführungen werden von Mitgliedern der Jugendgruppe Witten veranstaltet. — Etodum. Am 12. Nov., nachm. 5 Uhr, ist in Etodum eine Sitzung des Vorstandes der Deutschen Volkspartei. Herr Geher Zimmerman wird noch das Lokal befragen.

Unsere Jugend.

Kreisverein Bochum. Bochum-Stadt. Die Mitglieder der Jugendgruppe hatten sich